

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

188. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 25. November 2008

Tagesordnungspunkt II:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

(Drucksachen 16/9900, 16/9902)

20250 C

- b) Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012**

(Drucksachen 16/9901, 16/9902, 16/10426)

20250 C

6 Einzelplan 06

Bundesministerium des Innern

(Drucksachen 16/10406, 16/10423) ...

20296 C

Petra Pau (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mit meinem ersten Stichwort an die Rede des Kollegen Bürsch anschließen, allerdings nicht ganz so optimistisch enden wie er.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Jedem seine Rolle!)

In den zurückliegenden Monaten hatten wir eine Serie von Datenschutzskandalen. Ich erinnere nur an Lidl, die Telekom und andere. Ihr Ausmaß ist noch nicht absehbar. Dann gab es im September einen sogenannten Datenschutzgipfel. Innenminister trafen sich mit Datenschützern. Bundesinnenminister Schäuble versprach danach: Noch im November wird der Bundestag über ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung beraten und entscheiden können.

(Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister: Nein! Das Kabinett! Das ist falsch!)

Ich stelle fest: Der November ist so gut wie zu Ende, aber noch nicht ein einziger Datenschutzvorschlag der Regierung hat das Plenum erreicht. Ich finde das blamabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke bleibt bei ihrer Forderung: Wir brauchen ein neues **Datenschutzrecht**, ein Datenschutzrecht, das nicht nur private Verfehlungen ahndet, sondern auch den Staat in seiner Datengier zügelt. Wir brauchen ein Datenschutzrecht, das dem 21. Jahrhundert gerecht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dazu hat die Linke drei aktuelle Forderungen: Wir fordern ein Moratorium für alle elektronischen Großprojekte, die den Datenschutz gefährden können. Dazu gehört auch die elektronische Gesundheitskarte.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern, dass die ausufernde Erfassung persönlicher Daten gestoppt wird. Dazu gehört vor allem die Vorratsdatenspeicherung aller Telekommunikationsdaten. Wir fordern, die Datenschutzbeauftragten endlich so auszustatten, dass sie handeln können. Dazu gehören mehr Autonomie, mehr Geld und mehr Personal.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Michael Bürsch [SPD]: Das ist richtig!)

Stimmen Sie unserem Antrag heute zu, dann können wir einen ersten Schritt gehen.

Zweites Stichwort: **BKA-Gesetz**. Die Linke hat bekanntlich gegen das BKA-Gesetz gestimmt. Dafür gab und gibt es viele Gründe im Detail. Vor allem aber halten wir das BKA-Gesetz für einen weiteren Schritt auf dem Weg vom demokratischen Rechtsstaat zum präventiven Sicherheitsstaat. Diesen Weg lehnt die Fraktion Die Linke ab. Wenn Bundesländer ihre Entscheidung heute korrigieren – es ist ja richtig, Herr Bundesinnenminister, dass diese damals der Föderalismusreform zugestimmt haben –, dann begrüßt die Linke das. Ich denke, wir sollten als Politikerinnen und Politiker überhaupt gelegentlich zeigen, dass wir Fehler im Nachhinein korrigieren können, wenn wir sie erkannt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit bin ich bei meinem dritten Stichwort: **Bundespolizei**. Die Bundespolizei wurde und wird in großem Stil umgebaut. Dazu hatten wir hier im Bundestag mehrere Debatten. Ich will sie nicht wiederholen. Ein Grund für die Reform der Bundespolizei war ganz offensichtlich: Sie soll immer häufiger und zahlenstärker zu Auslandseinsätzen geschickt werden. Aktuell sind Einsätze gegen die Piraterie vor Somalia im Gespräch. Über den Sinn dieser Einsätze will ich jetzt nicht sprechen. Mir geht es um etwas Grundsätzliches: Jeder Bundeswehreininsatz im Ausland braucht ein Mandat des Bundestages. Die Bundespolizei braucht dies nicht. Ich halte das für widersinnig. Deshalb fordert die Linke einen Parlamentsvorbehalt des Bundestages auch bei Einsätzen der Polizei im Ausland. Das ist überfällig.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit bin ich bei meinem vierten Stichwort: **Rechtsextremismus**. Wir haben hier jüngst über das Gift des Antisemitismus gesprochen. Wir wissen, auch beim Rechtsextremismus gibt es keinerlei Entwarnung. Allein die Zahl der offiziell registrierten Straf- und Gewalttaten mit einem rechtsextremen Hintergrund ist nicht hinnehmbar. Entsprechend größer ist übrigens noch die Zahl der Opfer. Der organisierte Rechtsextremismus versucht planmäßig und mit langem Atem, Terrain zu gewinnen, inmitten der Gesellschaft. Das ist eine akute Gefahr für die Demokratie, häufig auch für Leib und Leben. Gemessen daran sind die Bundesprogramme für Vielfalt, Demokratie und Toleranz geradezu leichtsinnig kurzatmig und unzureichend.

Deshalb fordert die Linke, die bestehenden Programme zu überprüfen. Wir müssen mehr denn je auf Prävention statt auf Reaktion zielen. Vor allem müssen die Programme auf Dauer angelegt sein. Das können Sie heute unterstützen, indem Sie unserem Antrag, ein Sonderprogramm einzurichten, zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)